Deutscher Bundestag **Drucksache 19/150**

19. Wahlperiode 30.11.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Antrag

der Abgeordneten Dr. Dietmar Bartsch, Jan Korte, Dr. Gesine Lötzsch, Lorenz Gösta Beutin, Heidrun Bluhm, Jörg Cézanne, Brigitte Freihold, Kerstin Kassner, Caren Lay, Sabine Leidig, Ralph Lenkert, Michael Leutert, Amira Mohamed Ali, Victor Perli, Ingrid Remmers, Dr. Kirsten Tackmann, Andreas Wagner, Hubertus Zdebel und der Fraktion DIE LINKE.

Einsetzung eines Ausschusses für Gleichwertige Lebensverhältnisse

Der Bundestag wolle beschließen:

Gemäß § 54 in Verbindung mit § 57 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages wird ein Ausschuss für Gleichwertige Lebensverhältnisse als ständiger Ausschuss mit 27 Mitgliedern eingesetzt.

Berlin, den 20. November 2017

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Begründung

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein sozial, wirtschaftlich und infrastrukturell gespaltenes Land. Die stärksten Unterschiede gibt es noch immer zwischen den ostdeutschen und den westdeutschen Bundesländern, obwohl die deutsche Einheit schon vor 27 Jahren hergestellt wurde. Viele Menschen in Ostdeutschland fühlen sich als Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse. Der Wegfall bzw. stetige Rückbau sozialer Strukturen in der öffentlichen Daseinsvorsorge, Brüche in den Erwerbsbiographien, die Herabwürdigung von DDR- und Nachwende-Lebenserfahrung und die weiterhin bestehenden Unterschiede bezüglich Lohn und Rente sind nur einige Facetten der Unzufriedenheit in Ostdeutschland. Die durchschnittlichen Löhne in Ostdeutschland betragen laut Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit 2017 nur rund 80 Prozent der West-Löhne. Die ostdeutsche Wirtschaftskraft stagniert bei etwa 70 Prozent der westdeutschen Wirtschaft. Viele Menschen in Ost und West sind frustriert und unzufrieden mit den regionalen Disparitäten.

Neben der großflächigen Ost-West-Spaltung gibt es auch ein erhebliches strukturelles und soziales Gefälle zwischen armen und reichen westdeutschen Bundesländern und Landesteilen. Oberfranken, Bremen oder einige Regionen in Hessen oder Nordrhein-Westfalen haben den strukturpolitischen Anschluss an die prosperierenden Gebiete verloren und sind, wie Teile des Ruhrgebiets, zu regelrechten Armutsregionen geworden.

Eine gerechte Verteilung von sozialer Sicherheit und Vermögen in einer Gesellschaft ist ausschlaggebend für das Maß an Wohlbefinden, Glück und Gesundheit der gesamten Bevölkerung. Eine weit auseinander driftende Schere zwischen arm und reich und eine regional ungleiche Verteilung schadet der gesamten Gesellschaft. Von einer Angleichung der Lebensverhältnisse profitieren demnach alle – unabhängig vom Wohnort oder vom sozialen Status.

Die Vollendung der deutschen Einheit mit gleichwertigen Lebensverhältnissen zwischen Nord und Süd, Ost und West ist eines der wichtigsten Anliegen der meisten Abgeordneten im Deutschen Bundestag. Das Grundgesetz verpflichtet die Bundesregierung zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse (Artikel 20,Artikel 72 Absatz 2 und Artikel 106, Absatz 3 Satz 4 Nr. 2 Grundgesetz). Doch die bisherigen Bundesregierungen haben diesen Auftrag des Grundgesetzes nicht erfolgreich umgesetzt. Deswegen ist eine stärkere parlamentarische Mitwirkung und Kontrolle der Politik der Bundesregierung zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse durch einen Bundestagsausschuss erforderlich.

Neben dem Ausgleich von Benachteiligungen soll der Ausschuss ein besonderes Augenmerk auf die besonderen Erfahrungen und Errungenschaften der strukturschwächeren Regionen legen, beispielsweise auf den Umgang mit einer schrumpfenden Bevölkerung im ländlichen Raum, Deindustrialisierung im Ruhrgebiet oder auf die Vorbildwirkung der ostdeutschen Familienmodelle.

Ein weiterer Schwerpunkt der Ausschussarbeit soll das Bekämpfen von Ursachen und Folgen von Rechtsextremismus, Rassismus und Demokratiefeindlichkeit sein, die in strukturschwachen Gebieten wie Ostdeutschland besonders häufig vorkommen. Dafür muss die soziale Teilhabe der gesamten Bevölkerung am gesellschaftlichen Reichtum gesichert und die demokratische Beteiligung der Menschen in allen sie betreffenden Lebensbereichen gewährleistet sein, so dass Politik als gestalt- und beeinflussbar erfahren wird. Erst dann ist auch eine wirkliche deutsche Einheit möglich.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.